

Bürgergesellschaft und Demokratie

Jochen Roose · Moritz Sommer
Franziska Scholl *Hrsg.*

Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Protest, Resilienz und Kämpfe
um Deutungshoheit



Springer VS

Bürgergesellschaft und Demokratie

Reihe herausgegeben von

A. Klein, Berlin, Deutschland

R. Kleinfeld, Osnabrück, Deutschland

H. Krimmer, Berlin, Deutschland

B. Rehder, Bochum, Deutschland

S. Teune, Berlin, Deutschland

H. Walk, Berlin, Deutschland

A. Zimmer, Münster, Deutschland

Die Buchreihe vereinigt qualitativ hochwertige Bände im Bereich der Forschung über Partizipation und Beteiligung sowie bürgerschaftliches Engagement. Ein besonderer Akzent gilt der politischen Soziologie des breiten zivilgesellschaftlichen Akteursspektrums (soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Stiftungen, Genossenschaften, Netzwerke etc.). Die Buchreihe versteht sich als Publikationsort einer inter- und transdisziplinären Zivilgesellschaftsforschung.

Bürgergesellschaft und Demokratie schließt an die Buchreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Non-Profit-Sektor“ an. Sie wird unterstützt von Aktive Bürgerschaft e. V. (Berlin).

Reihe herausgegeben von

Ansgar Klein
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement
Berlin, Deutschland

Ralf Kleinfeld
Universität Osnabrück
Osnabrück, Deutschland

Holger Krimmer
Stifterverband für die Deutsche
Wissenschaft e. V.
Berlin, Deutschland

Britta Rehder
Ruhr-Universität Bochum
Bochum, Deutschland

Simon Teune
Technische Universität Berlin
Berlin, Deutschland

Heike Walk
Freie Universität Berlin
Berlin, Deutschland

Annette Zimmer
Universität Münster
Münster, Deutschland

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12296>

Jochen Roose · Moritz Sommer
Franziska Scholl
(Hrsg.)

Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Protest, Resilienz und Kämpfe um
Deutungshoheit

Herausgeber

Jochen Roose
Deutsches Institut für Urbanistik
Berlin, Deutschland

Franziska Scholl
Institut für Protest- und
Bewegungsforschung
Berlin, Deutschland

Moritz Sommer
Institut für Soziologie
Freie Universität Berlin
Berlin, Deutschland

Bürgergesellschaft und Demokratie

ISBN 978-3-658-20896-7

ISBN 978-3-658-20897-4 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-20897-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einleitung

Krise und Zivilgesellschaft	3
Jochen Roose, Moritz Sommer und Franziska Scholl	

Teil II Krisendiskurse und kollektive Deutungsmuster

How did European Citizens Respond to the Great Recession? A Comparison of Claims Making in Nine European Countries, 2008–2014	19
Manlio Cinalli and Marco Giugni	
Verantwortungszuschreibungen in der Eurozonen-Krise	43
Jochen Roose, Moritz Sommer und Franziska Scholl	

Teil III Zivilgesellschaftliche Akteure in der Krise

Confronting Austerity in Greece: Alternative Forms of Resilience and Solidarity Initiatives by Citizen Groups	77
Maria Kousis, Stefania Kalogeraki, Marina Papadaki, Angelos Loukakis and Maria Velonaki	
Krisenproteste in Portugal – von plötzlichen Massenprotesten und Zeiten der Stille	101
Britta Baumgarten	

Syriza, Podemos and Mobilizations Against Austerity: Movements, Parties or Movement-Parties?	123
Hara Kouki and Joseba Fernández González	
Chancen und Grenzen europaweiter Mobilisierungen	141
Julia Hofmann	
Vom Lob der Krise – Krisenvorstellungen und Krisenpolitik rechtsaußen	163
Fabian Virchow und Alexander Häusler	
Teil IV Implikationen für die Bewegungsforschung	
Lernfall oder Paradigmenwechsel für die Bewegungsforschung	183
Jochen Roose und Sabrina Zajak	

Teil I

Einleitung

Krise und Zivilgesellschaft

Potenziale und Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Rolle in der Eurozonen-Krise

Jochen Roose, Moritz Sommer und Franziska Scholl

Zusammenfassung

Seit Oktober 2009 hat die Eurozonen-Krise zu fundamentalen Verwerfungen im gemeinsamen Währungsraum geführt. Parallel zur Krise im politisch-finanzwirtschaftlichen System der Eurozone formierte sich in den am stärksten betroffenen südeuropäischen Staaten eine umfassende politische, ökonomische und gesellschaftliche Krise.

In Krisenzeiten werden bestehende Handlungs- und Interpretationsroutinen hinterfragt und von neuen Strukturen abgelöst. Dabei kommt der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu. Zivilgesellschaftliche Akteure kompensieren krisenbedingt fehlende staatliche Leistungen und sie tragen zur kollektiven Deutung der Krisensituation bei. Vor dem Hintergrund der drastischen Haushaltskürzungen in Südeuropa und der gesamt-europäischen Debatte um die Ursachen und Folgen der Krise erhalten beide Funktionen der Zivilgesellschaft in der Eurozonen-Krise eine zentrale Bedeutung.

J. Roose (✉)

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, Deutschland

E-Mail: roose@difu.de

M. Sommer

Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland

E-Mail: sommer.moritz@fu-berlin.de

F. Scholl

Berlin, Deutschland

E-Mail: franziska.scholl@posteo.de

Für die Zivilgesellschaft war und ist die Eurozonen-Krise Chance und Herausforderung zugleich. Die Beiträge dieses Sammelbandes blicken auf die Rolle der Zivilgesellschaft in der sich ändernden, politischen und gesellschaftlichen Realität der Eurozone. Ziel ist es ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf die Krise empirisch zu beleuchten und theoretisch einzuordnen.

Abstract

Since October 2009, the Eurozone crisis has led to dramatic shifts in the common currency area. Parallel to the crisis in the financial system of the Eurozone, a comprehensive political, economic and social crisis began to form in the most affected Southern European countries.

In times of crisis, existing routines of action and interpretation are questioned and replaced by new structures. Within this context of change and renewal, civil society plays a special role. Civil society actors compensate for the reduction of state benefits and public services due to the crisis and they contribute to the collective interpretation of the crisis situation. Against the background of the drastic budget cuts in Southern Europe and the pan-European debate on the causes and consequences of the crisis, both functions of civil society are of central importance in the Eurozone crisis.

For civil society, the Eurozone crisis was and is an opportunity and a challenge at the same time. The contributions to this volume look at the role of civil society in the changing, political and social reality of the Eurozone area. The aim is to empirically illuminate and theoretically classify a broad spectrum of civil society responses to the crisis.

„Eine Krise ist die wahrgenommene Gefährdung eines institutionalisierten Handlungsmusters“ (Friedrichs 2007, S. 14). Was bisher als selbstverständlich galt, wird infrage gestellt. Etablierte Strukturen gelten nicht länger als verlässlich und angemessen. Unter diesen Gesichtspunkten handelt es sich bei den Entwicklungen in der Eurozone ab 2009/2010 mit dem drohenden Staatsbankrott mehrerer Mitgliedsländer fraglos um eine fundamentale Krise des gemeinsamen Währungsraums.¹

¹Wir bedanken uns bei den HerausgeberInnen der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ für die Unterstützung und die hilfreichen Gutachten.

Im Oktober 2009 hatte die neu gewählte griechische Regierung unter Führung der sozialdemokratischen *PASOK* ein stark erhöhtes Haushaltsdefizit publik gemacht, das von der Vorgängerregierung verschleiert worden war. In der Folge wurde das offizielle Staatsdefizit von 3,7 % auf 15,1 % des Bruttoinlandsprodukts korrigiert.² Diese scheinbar einfache statistische Korrektur markierte den Beginn einer schweren Krise in Griechenland. Vor dem Hintergrund der Bankenkrise und stark verunsicherter Finanzmärkte führte die Korrektur zu einem drastischen Anstieg der Zinsen für griechische Staatsanleihen, die die Staatskasse unmittelbar an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachten. Die Reaktionen waren ein Hilferuf an die anderen Länder der Eurozone und drastische Einschnitte im Staatshaushalt. In der Folge wurde nicht nur auf europäischer Ebene mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)³ eine Institution gegründet, die Kredite an Länder vergibt, denen der Staatsbankrott droht. In Griechenland selbst kam es zu existenziellen Verwerfungen. Das Land erlebte etliche Neuwahlen und Regierungsumbildungen, die traditionell starke *PASOK* schrumpfte zu einer bedeutungslosen Kleinpartei und mit *SYRIZA* wuchs eine junge Partei von einer randständigen Kraft zur führenden Regierungspartei (vgl. Katsanidou und Otjes 2016, auch Kouki und Fernandez in diesem Band). Drastische Einschnitte in allen Bereichen des Staatshaushaltes führten zu enormen sozialen Ungleichgewichten, verschärft durch eine anhaltende Wirtschaftskrise. So stieg die Arbeitslosigkeit von 9,6 % (2009) auf 27,5 % (2014) und ging danach nur leicht zurück auf 23,6 % (2016). Der Anteil von Menschen, deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt, stieg von 27,6 % (2009) auf 36,0 % (2014) und blieb danach annähernd stabil mit 35,6 % (2016).⁴ Auch Bessergestellte mussten erhebliche Einbußen hinnehmen. Mit Bezug auf die griechische Zentralbank berichtet Kyrtis von einem durchschnittlichen Einkommensrückgang um 20 % von 2009 bis 2013 (2015, S. 61). Parallel zur Krise im politisch-finanzwirtschaftlichen System der Eurozone formierte sich somit eine umfassende Krise der griechischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

²Werner Mussler, Rainer Hermann: Griechenlands Defizit plötzlich verdoppelt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 21. Oktober 2009, abgerufen 14.06.2017. Das später erneut korrigierte Staatsdefizit lag 2009 nach Eurostat bei 15,1 % des Bruttoinlandsprodukts (Eurostat, General government deficit/surplus, abgerufen 14.06.2017).

³Zunächst wurde der EFSF (*European Financial Stability Facility*) gegründet, der später in den dauerhaften ESM übergang. Details zu den Entwicklungen finden sich beispielsweise bei Illing (2013) und Schuppan (2013).

⁴Quelle jeweils: Eurostat. Abruf 28.12.2017.

Die Betrachtung der Krise in der Eurozone darf aber nicht auf Griechenland allein gerichtet bleiben. Auch andere Länder sind mit ihren Staatshaushalten in massive Schwierigkeiten geraten; Irland beantragte als erstes Land europäische Hilfskredite, nicht Griechenland. Die Krise rund um die Staatshaushalte und die Stabilität des Euro wäre als ‚Griechenlandkrise‘ nur unzureichend beschrieben; es handelt sich um eine Krise der gesamten Eurozone, ihrer Mitgliedsländer und deren Subsystemen; eine *Eurozonen-Krise*.⁵

Wenn in einer Krise bestehende Strukturen und Handlungsmuster als fraglich angesehen werden, entstehen mit hoher Wahrscheinlichkeit neue Strukturen. In der Eurozonen-Krise lässt sich dies trefflich beobachten. Die Gründung des ESM ist nur eine unter vielen Strukturveränderungen. Die Rolle der Europäischen Zentralbank hat sich fundamental verändert und auch Deutschlands Rolle innerhalb der Europäischen Union (EU) ist heute eine vollkommen andere (Krampf 2014). Dies sind nur die sichtbarsten von zahlreichen formellen und informellen Strukturveränderungen (vgl. dazu zum Beispiel Holzinger und Schimmelfennig 2015; Puetter 2015). Dabei steht das politische System oft im Mittelpunkt der Beschreibungen, aber die Veränderungen sind weit umfassender. In den von den Restrukturierungs- und Austeritätsprogrammen des ESM betroffenen Ländern sind sie in praktisch allen Gesellschaftsbereichen sichtbar (Matsaganis und Leventi 2014). Staatsfunktionen sind zum Teil erheblich eingeschränkt (Busch et al. 2013; Matsaganis und Leventi 2014); die Lebensperspektive der Menschen hat sich durch die anhaltende ökonomische Krise grundlegend verschlechtert.

In Krisenzeiten kommt der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Aus den verschiedenen Funktionen der Zivilgesellschaft greifen wir zwei heraus, die uns im Kontext von Krisen als besonders wichtig erscheinen: die Problemlösungsfunktion und die advokatorische Funktion (Liebig und Rauschenbach 2010, S. 267; vgl. auch Akkaya 2012, S. 47 ff.). Zivilgesellschaftliche Akteure kompensieren in Krisen fehlende staatliche Leistungen und sie tragen zur kollektiven Deutung der Krisensituation bei.

In Krisenzeiten werden viele erforderliche staatliche Leistungen nicht länger erbracht. Eingespielte Wege zur Versorgung von Bedürfnissen, gleich welcher Art, werden gekappt oder sind nicht mehr ausreichend. Dies mag an gestiegenen

⁵Wir ziehen es vor von Eurozonen-Krise und nicht allein von einer Euro-Krise zu sprechen, weil die Krise die Gesellschaften insgesamt betrifft und der Begriff der Eurozone eine Reihe von Ländern beschreibt, die betroffen sind. Der vielfach benutzte Begriff der Euro-Krise legt dagegen nahe, die Krise beträfe nur den Euro oder sei durch den Euro verursacht. Beides sind Annahmen, die wir mit unserem Begriff nicht machen wollen.

Anforderungen liegen oder an politischen Sparmaßnahmen und einem Kollabieren etablierter Strukturen. In beiden Fällen kommt es zu einer Unterversorgung, und es sind oftmals zivilgesellschaftliche Strukturen, die auf den Leistungsausfall stellenweise auf dem Niveau von Nothilfe reagieren. Freiwilliges Engagement in existierenden oder auch spontan entstehenden Zusammenschlüssen kann in kurzer Zeit schaffen, wofür festere Strukturen und Institutionen erst längerfristig aufgebaut werden müssten. Ein Beispiel für den schnellen und bedeutungsvollen Einsatz der Zivilgesellschaft war die zweiten Jahreshälfte 2015, als tausende Geflüchtete aus den Kriegsgebieten Syriens in Deutschland Schutz suchten (Lewicki et al. 2017).

In der Eurozonen-Krise ist der Mangel an staatlicher Versorgung augenfällig. Wohlfahrtsstaatliche Versorgungsleistungen wurden in einigen besonders stark betroffenen Ländern massiv zurückgefahren (Bermeo und Pontusson 2012; Karanikolos et al. 2013; Karyotis und Gerodimos 2015). Dieser dramatische Leistungsrückgang kann nicht vollständig durch zivilgesellschaftliche Akteure kompensiert werden. Diese wären bei Weitem überfordert (Clarke et al. 2015). Aber es sind freiwilliges Engagement und spontane Initiativen, die schnell auf diesen Wegfall reagieren können und Nothilfe organisieren. So essenziell diese Rolle der Zivilgesellschaft für die gesellschaftliche Bewältigung der Krisenfolgen auch ist, stellt sich gleichsam die Frage, in wie weit diese freiwilligen Beiträge den Staat aus der Verantwortung nehmen oder – *anders herum* – in wie weit zivilgesellschaftliche Akteure instrumentalisiert werden um dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen Vorschub zu leisten und diesen zu legitimieren.

Zum anderen erfordern Krisen Deutungen. Denn nicht nur Handlungsroutrinen zerbrechen, sondern auch Interpretationsroutrinen. In einer Krise ist die Lage unklar, weil etablierte Deutungsmuster nicht länger als adäquat angesehen werden. Mit der krisenbedingten Delegitimierung etablierter Akteure ergeben sich Gelegenheiten für neue oder vormalig wenig beachtete Akteure die öffentliche Debatte zu prägen. Neue Deutungsarbeit ist erforderlich und auch hier ist die Zivilgesellschaft ein wichtiger Akteur. Gerade weil die vorher gültigen Interpretationen durch die Krise entwertet werden, gibt es einen gesellschaftlichen Bedarf an anderen Sichtweisen und Handlungsvorschlägen. Durch ihre Arbeit in den Bereichen, in denen der (Wohlfahrts-)Staat nicht mehr funktionsfähig ist, und durch die unmittelbare Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Krisenfolgen werden vor allem *solidarity groups* und Selbsthilfe-Gruppen zu einem kenntnisreichen Sprachrohr der von der Krise besonders stark betroffenen Menschen. In Zeiten kollektiver Orientierungslosigkeit und grundlegender Veränderungsprozesse sind es aber auch Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure aus dem rechten und rechts-populistischen Spektrum, die mit vereinfachenden Botschaften sowie Aus- und Abgrenzungsfantasien auf sich aufmerksam machen.

Die starken Verschiebungen in den Parteiensystemen vieler europäischer Länder zeigen, wie stark sich politische Sichtweisen und somit auch Sichtweisen auf die Gesellschaft verändert haben (della Porta et al. 2017; Morlino und Raniolo 2017; Teperoglou und Tsatsanis 2014). Neue Parteien – ob von links oder rechts –, aber auch Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure tragen ihren Teil zu diesen neuen Sichtweisen und Deutungen bei (Sommer et al. 2016). Dabei geht es nicht allein um die leichte Anpassung etablierter Interpretationen. Was bisher galt, ist in einer Krise nur der Ausgangspunkt zur Aushandlung neuer Strukturen, in denen der Krise und ihrer Folgen Rechnung getragen wird. Gesellschaften in einer Krise müssen sich neu verständigen über die Strukturen, die nach der Krise Bestand haben (Hutter et al. 2016; Preunkert und Vobruba 2015; Roose 2015; Rauh und Zürn 2014).

In den südeuropäischen Ländern, die besonders von den Schwierigkeiten der Refinanzierung staatlicher Haushalte am Finanzmarkt betroffen sind, wurden Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge umfangreich abgebaut und grundlegend verändert – zum Teil nach Programmen des ESM und zum Teil ohne dessen formale Vorgaben. Wesentliche Verschiebungen im Bereich der sozialen Sicherung, aber auch in den Strukturen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem und vielen anderen Bereichen waren die Folge (Matsaganis 2011; Karanikolos et al. 2013). Ohne Übertreibung lässt sich in diesen Ländern von einer Neuaushandlung des Gesellschaftsvertrags – oder seiner Aufkündigung – sprechen (della Porta 2015a, b; Peterson et al. 2015; Trenz et al. 2015). Doch auch die übrigen Länder der Eurozone und darüber hinaus justieren vielfach ihren Wohlfahrtsstaat und das Wirtschaftssystem neu. Nicht zuletzt finden auf der europäischen Ebene grundlegende Veränderungen statt, die das Institutionensystem der EU und der Eurozone betreffen, aber auch das Verhältnis der europäischen Länder untereinander. Während das nationale deutsche Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaatssystem von den Verwerfungen nach 2009 nur wenig betroffen war, definiert sich Deutschlands Rolle innerhalb Europas grundlegend neu (Paterson 2011).

Diese Änderungen, so sehr sie auch von vermeintlichen Sachzwängen, Ausnahmesituationen und externen Akteuren diktiert sein mögen, werden öffentlich debattiert und in ihrer Form, Umsetzung oder Akzeptanz durch diese Debatten mitgeprägt. Die Stimme der advokatorischen Zivilgesellschaft ist ein zentraler Akteur in dieser öffentlichen Debatte.

Auf den ersten Blick mag diese Krise folglich wie eine große Chance für die Zivilgesellschaft erscheinen. Zivilgesellschaftliche Leistungen zur akuten Nothilfe sind gefragt wie selten, Gelegenheitsfenster für politische Veränderungen und Diskursverschiebungen stehen angesichts umfassender Orientierungslosigkeit weit offen und bieten der Zivilgesellschaft sonst ungenutzte Möglichkeiten.

Tatsächlich aber ist die Situation der Zivilgesellschaft in der Krise weit problematischer. Die krisenbedingte Strukturschwäche belastet auch die Akteure der Zivilgesellschaft. Anders als staatliche Strukturen sind zivilgesellschaftliche Strukturen immer fragiler und stärker auf freiwillig beigetragene Ressourcen in Form von Engagement und Spenden angewiesen. Die Bereitstellung dieser Ressourcen wird in Krisensituationen erschwert. Zudem ist die Zivilgesellschaft genauso wenig auf die Krise eingestellt, wie andere Akteure. Wie alle anderen müssen auch zivilgesellschaftliche Akteure improvisieren, auf die Krise reagieren und die eigene Situation stabilisieren. Die zivilgesellschaftlichen Akteure müssen genauso die eigene Interpretation der Situation anpassen und versuchen, in der vielstimmigen Debatte durchzudringen. Aus diesem Blickwinkel wird deutlich, dass die Situation der Zivilgesellschaft trotz ihrer gestiegenen Bedeutung in der Krise mindestens ebenso problematisch ist, wie die Situation anderer Akteure.

Wie genau sich die Rolle, die Möglichkeiten und Beschränkungen der Zivilgesellschaft in einer Krise gestalten, hängt von der Art der Krise, der Verfasstheit zivilgesellschaftlicher Akteure vor dem Krisenausbruch und weiteren Rahmenbedingungen ab. Allgemeine Aussagen haben nur begrenzte Gültigkeit. In einer Krise verdient die Zivilgesellschaft aber besondere Aufmerksamkeit, als heterogener Akteur, der staatliche Leistungsausfälle kompensiert, und als vielfältige Stimme in der Aushandlung neuer Strukturen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Europa, den Spannungen im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise seit 2015, rechtspopulistischen Wahlerfolgen und nationalen Abschottungstendenzen mag die Eurozonen-Krise leicht aus dem Blick geraten. Doch auch nunmehr neun Jahre nach der Bekanntgabe des erhöhten Staatsdefizits in Griechenland ist die Krise spürbar; vor allem Griechenland bleibt angesichts der weiter voranschreitenden Austeritätspolitik im ‚Dauerkrisenmodus‘. Genauso sind in anderen Ländern der Eurozone die Krisenfolgen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft allgegenwärtig. Ein Großteil der derzeitigen multiplen Krisendiagnose in Europa lässt sich auch auf die Verwerfungen der Eurozonen-Krise zurückführen.

Für die Zivilgesellschaft war und ist die Eurozonen-Krise Chance und Herausforderung zugleich. Krisen sind immer auch mit einem Neuanfang und der Hoffnung auf Wandel verbunden. Das gilt insbesondere für soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure, die sich seit jeher für eine Abkehr vom Status Quo einsetzen. Die Beiträge dieses Sammelbandes blicken auf die Rolle der Zivilgesellschaft in der sich ändernden, politischen und gesellschaftlichen Realität der Eurozone.

Anliegen dieses Bandes ist es, ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf die Krise empirisch zu beleuchten und theoretisch einzuordnen. Der Fokus liegt dabei vor allem, aber nicht nur, auf den besonders von der Krise

betroffenen Ländern im Süden Europas. Insbesondere gehen Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte in den Band ein. So wie die Frage des Bandes deutlich über Deutschland hinausgeht, sollen auch Autorinnen und Autoren verschiedener Länder zu Wort kommen, insbesondere auch aus den von der Krise stark betroffenen Ländern. Dieses Anliegen hat zur Folge, dass die Beiträge gemischt in deutscher und englischer Sprache erscheinen.

Die Beiträge des ersten Blocks nehmen politische Debatten in den Blick. Die Deutung der Krisenursachen und Verantwortlichkeiten, die Erwägung von Maßnahmen und Aufforderung zu Handlungen bereiten diskursiv den Boden für die weitere politische Entwicklung. Die Krisensituation bietet dabei eine Offenheit, die es so nur selten gibt. Das wirft die Frage auf, welche Akteure diesen Diskurs dominieren, welche Akteure und vor allem welche Ebene im europäischen Mehrebenensystem adressiert wird und welche Themen im Vordergrund stehen. Während bislang vorliegende Studien vor allem das Framing der Krise qualitativ untersucht haben (zum Beispiel Joris et al. 2014; Mylonas 2014; Touri und Rogers 2013), wählen die beiden hier präsentierten Analysen den Zugang der standardisierten Inhaltsanalyse im Ländervergleich. *Manlio Cinalli* und *Marco Giugni* präsentieren Ergebnisse aus dem EU- Projekt „Living With Hard Times“ (LIVEWHAT). In neun Ländern wurde eine Stichprobe von Zeitungsartikeln aus dem Zeitraum 2008 bis 2014 mit einer Political Claims Analysis untersucht. In ihrem Beitrag präsentieren die Autoren Überblicksbefunde für die Länder und fragen insbesondere nach Unterschieden abhängig von der Betroffenheit von der Krise. Dabei zeigt sich, dass Wirtschaftsakteure in jenen Ländern in der Debatte mehr zu Wort kommen, die weniger von der Krise betroffen sind. Ein stärkerer Kriseneinfluss führt, so legen die Ergebnisse nahe, tendenziell zu einer Verschiebung der Debatte ins Politische. Allerdings gleichen sich zwei Länder, die von der Krise in sehr unterschiedlichem Maße betroffen sind: Deutschland und Griechenland. In beiden Ländern ist die Debatte stark durch politisch-staatliche Akteure geprägt, während beispielsweise in Italien, Polen und Frankreich zivilgesellschaftliche Akteure deutlich stärker in der öffentlichen Debatte durchdringen.

Die Themen sind in allen Ländern von makroökonomischen Fragen dominiert, was angesichts der Krisenkonstellation kaum verwundert. Der Arbeitsmarkt wird in Ländern, die stark von der Krise betroffen sind, häufiger diskutiert. Auch Sozialpolitik nimmt in diesen Ländern mehr Raum ein.

Die Analysen zeigen, wie unterschiedlich die Debatten in den Ländern verlaufen. Dabei gibt es Tendenzen, die mit der Intensität der Krisenbetroffenheit zusammenhängen, aber Spuren langfristiger Traditionen, wie beispielsweise eine recht deutliche Staatsorientierung in Deutschland und Griechenland. Doch in erheblichem Maße sind

die Muster der Debatten nicht auf generelle Charakteristika der Länder zurückzuführen. Sie scheinen wesentlich durch kleinteiligere und kurzfristigere Entwicklungen beeinflusst zu sein.

Im Beitrag von *Jochen Roose*, *Moritz Sommer* und *Franziska Scholl* stehen Griechenland und Deutschland im Mittelpunkt. Auch sie analysieren die öffentliche Debatte zur Eurozonen-Krise in beiden Ländern, allerdings mit einem Fokus auf Verantwortungszuschreibungen. Besonders bemerkenswert ist an dieser Analyse die Adressierung von Verantwortlichen. Die deutschen Akteure adressieren in erheblichem Maße Akteure in anderen europäischen Ländern, wobei Griechenland darunter einen großen Teil ausmacht. Auch Akteure auf europäischer Ebene werden von deutschen Sendern angesprochen. In Griechenland zeigt sich dagegen ein anderes Muster. Die griechischen Akteure adressieren vor allem andere griechische Akteure und weit weniger europäische Akteure oder solche aus anderen EU-Ländern. Erst mit der *SYRIZA*-Regierung intensiviert sich der diskursive Konflikt zwischen griechischen Akteuren, der EU und Deutschland.

Durchweg neigen zivilgesellschaftliche Akteure etwas mehr dazu, auch ausländische und europäische Akteure zu adressieren. In Griechenland kommen aus der Zivilgesellschaft auch überproportional Schuldzuschreibungen an andere EU-Mitgliedsländer und die EU.

Während die Debattenanalysen die Äußerungen in der öffentlichen Arena in den Blick nehmen, diskutiert der zweite Block des Bandes die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Krise. Die Beiträge fokussieren auf unterschiedliche Akteure, um zu untersuchen, wie die Krisenkonstellation den Möglichkeitsraum und das Agieren beeinflusst. Die oben beschriebenen Möglichkeiten einer vergleichsweise offenen Krisensituation mit Veränderungspotenzial und die Beschränkungen durch Instabilität und Ressourcenmangel haben sehr unterschiedliche Effekte, wobei das Ausmaß der Krise in dem jeweils betrachteten Land natürlich eine wesentliche Rolle spielt.

Maria Kousis, *Stefania Kalogeraki*, *Marina Papadaki*, *Angelos Loukakis* und *Maria Velonaki* beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit lokalen Initiativen in Griechenland, die konkrete Hilfsleistungen anbieten. Während zivilgesellschaftliche Akteure selbstverständlich vielfach und auch unabhängig von Krisen Unterstützungsleistungen für die unterschiedlichsten Zielgruppen anbieten, weitet sich diese Aufgabe mit der Krise erheblich aus. Die Krisensituation bringt etablierte Akteure dazu, ihr Angebot auszuweiten und schränkt dieses gleichzeitig ein. Gleichzeitig entstehen im Angesicht der Krise neue Akteure. Hauptsächlich kümmern sich diese Initiativen und Organisationen um unmittelbare Nothilfe, geben beispielsweise Essen oder Medikamente aus. Die Autorinnen und Autoren fassen dieses Feld an Organisationen unter dem Begriff der *Alternative Forms of Resilience*, um

herauszustellen, wie unter dem Kriseneinfluss ein neuer gesellschaftlicher Bereich entsteht, der Aufgaben der Daseinsvorsorge in einer Gesellschaft übernimmt und sich damit nicht nur quantitative, sondern eben auch qualitativ von der Zivilgesellschaft in Ländern mit etabliertem, funktionsfähigem Wohlfahrtsstaat unterscheidet.

Britta Baumgarten befasst sich in ihrem Beitrag mit Krisenprotesten in Portugal. Trotz der schwerwiegenden Krisenauswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, blieben Großdemonstrationen punktuelle Ereignisse. Im Vergleich zu den Krisenprotesten anderer Länder, wie Griechenland und Spanien, sind sowohl die langen Phasen der Abwesenheit von Protest als auch das vergleichsweise frühe Ende der von den sozialen Bewegungen organisierten Massenproteste im Jahre 2013 überraschend. Die Analyse bewegungsexterner und -interner Faktoren zeigt, dass die sozialen Bewegungen oft günstige Gelegenheitsstrukturen nicht nutzen konnten, weil sie zu den jeweiligen Zeitpunkten nicht über ausreichendes Organisationspotenzial verfügten. So interpretiert Baumgarten auch das endgültige Abflauen der Proteste seit 2013 weniger als eine Folge sich verändernder politischer Gelegenheitsstrukturen, denn als ein Resultat interner Organisationsschwächen.

Hara Kouki und *Joseba Fernandez Gonzalez* vergleichen Entstehung und Wirkung zweier aufstrebender ‚Bewegungsparteien‘: *SYRIZA* in Griechenland und *Podemos* in Spanien. Als Mischform aus Partei und Bewegung haben diese neuen Akteure insbesondere in den südeuropäischen Krisenländern – das italienische *Movimento 5 Stelle* ist ein weiteres Beispiel – die politischen Landschaften nachhaltig verändert. Beide Parteien, *SYRIZA* und *Podemos*, sind mit der Verschärfung der Eurozonen-Krise populär geworden. Beide haben stark von den sich durch die Krise ergebenden Gelegenheiten, wie einem massiven Vertrauensverlust der etablierten Parteien und insbesondere der nationalen Sozialdemokratie profitiert und beide vertreten eine Ablehnung der von den europäischen Geldgebern geforderten Austeritätspolitik. Doch neben den augenscheinlichen Ähnlichkeiten, zu denen insbesondere die tatsächlich existierende oder proklamierte Bewegungsnähe gehört, gibt es doch beträchtliche Unterschiede, unter anderem in der Organisationsstruktur. Die AutorInnen zeigen, dass *Podemos* dem partizipativen Ideal der Krisenbewegungen näherkommt als *SYRIZA* deren hierarchische Struktur eher an die Tradition der eurokommunistischen Parteien anknüpft.

Julia Hofmann erweitert den Blick auf weniger von der Krise betroffene Länder. Sie widmet sich den Chancen und Grenzen von transnationalem gewerkschaftlichen Handeln und europaweiter Mobilisierung am Beispiel grenzüberschreitender Krisenproteste in Österreich und Bulgarien. Dabei geht sie der Frage nach, warum sich die dortigen Gewerkschaften kaum an den transnationalen Krisenprotesten beteiligten. Sie argumentiert, dass die Heterogenität nationaler Konflikte sowie die (nationalstaatlich geprägten) gewerkschaftlichen Kulturen

der Etablierung transnationaler Kooperation im Wege standen. Auch hier sind es letztlich (bewegungs-)interne Faktoren, die die Gelegenheiten einer europaweiten Mobilisierung verstreichen lassen. Die Auswertung von Interviews mit GewerkschafterInnen beider Länder zeigt, dass in beiden Ländern grenzüberschreitend geteilte Frames, die eine Übersetzung der südeuropäischen Mobilisierungsanliegen in nationale Auseinandersetzungen böten, fehlten. Als Erklärungsmuster verweisen die InterviewpartnerInnen auf die mangelnde transnationale Solidarität der nationalen ArbeiterInnenschaft.

Fabian Virchow und *Alexander Häusler* untersuchen den Zusammenhang zwischen dem Erstarken der extremen Rechten und der Eurozonen-Krise in Deutschland und darüber hinaus. Nach dem Fokus auf eher von links dominierten Krisenprotesten, gerät somit ein in diesem Zusammenhang seltener betrachteter Profiteur der europäischen Krisenszenarien in den Blick. Ähnlich wie die ‚Bewegungsparteien‘ des linken Spektrums, betonen auch durch die Krise groß gewordene rechte Parteien, wie die *Alternative für Deutschland* (AfD), die eigene ‚Bewegungsnähe‘ und die radikale Ablehnung der nationalen und europäischen Eliten. Zudem konstatieren die Autoren seit Beginn der Krise ein Erstarken nationalistischer Motive auch bei Parteien mit sonst eher neoliberalen Programm. Die Krise in Europa wird ‚rechtsaußen‘ dabei als Ausdruck der Dekadenz liberaler und globalisierter Eliten verstanden. Daraus ergibt sich in dieser Sicht die Hoffnung auf eine ‚nationale Wiedergeburt‘. Vor dem Hintergrund klassischer und gegenwärtiger Krisendeutungen wird der Aufstieg rechter Bewegungen und Parteien rekonstruiert.

Die Befunde der einzelnen Beiträge lassen sich nicht ohne weiteres integrieren in ein Konzept der Zivilgesellschaft unter gesellschaftlichen Krisenbedingungen. Es wird einer weit größeren Anstrengung als dieses Bandes bedürfen, um die ganze Bandbreite der theoretischen Implikationen zu ermessen. Entsprechend steht am Ende des Bandes bewusst nicht ein Resümee im Sinne einer Schließung des Themas. Ganz im Gegenteil diskutieren *Jochen Roose* und *Sabrina Zajak* im Sinne eines Ausblicks die Implikationen für die Bewegungsforschung. Dabei wird nicht das gesamte zivilgesellschaftliche Spektrum dieses Bandes abgedeckt. Der Rahmen ist mit der Bewegungsforschung deutlich enger gesteckt. In sieben Thesen führen der Autor und die Autorin zusammen, in welchen Bereichen sich für die Bewegungsforschung neue oder zumindest modifizierte Fragen ergeben. Dazu gehören Fragen der Diffusion und der Europäisierung, die Rolle der Deprivation, die Bedeutung des politisch-ökonomischen Systems und sozialer Ungleichheitsstrukturen, die Betrachtung der Leistungserbringung und Selbsttransformation durch Handeln in der Gesellschaft und eine geografische

Erweiterung des Blicks. Was hier nur kurz angedeutet werden kann, summiert sich vielleicht nicht zu einem Paradigmenwechsel der Bewegungsforschung, aber doch zu einer recht grundlegenden Veränderung der Forschungsagenda, die bereits jetzt Gestalt annimmt.

Die Beiträge des Bandes machen in der Summe die Chancen und Potenziale der Zivilgesellschaft in der Krise deutlich. Vor allem aber zeigen sich die enormen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, für die betroffenen Gesellschaften und die Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Arbeit in der Krise ist selbst krisenhaft, ringt mit Organisationsproblemen, Ressourcenmangel und der Unklarheit der Situation. Gleichzeitig sind die Stimme und die Leistungen der Zivilgesellschaft für Gesellschaften von zentraler Bedeutung um schwerwiegenden Krisensituationen bewältigen zu können.

Literatur

- Akkaya, Gülcan. 2012. *Nichtregierungsorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Eine Fallstudie über die Nachkriegsgesellschaft im Kosovo*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bermeo, Nancy Gina, und Jonas Pontusson, Hrsg. 2012. *Coping with crisis. Government reactions to the great recession*. New York: Russell Sage.
- Busch, Klaus, Christoph Herrmann, Karl Hinrichs, und Thorsten Schulten. 2013. *Euro crisis, austerity policy and the European social model. How crisis policies in Southern Europe threaten the Eu's social dimension*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09656.pdf>. Zugegriffen: 28. Dez. 2017.
- Clarke, Jennifer, Asteris Huliaras, und Dimitri A. Sotiropoulos. 2015. *Austerity and the third sector in Greece. Civil society at the European frontline*. London: Routledge.
- della Porta, Donatella. 2015a. Kritisches Vertrauen: Soziale Bewegungen und Demokratie in Krisenzeiten. In *Empirische Kulturosoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Jörg Rössel und Jochen Roose, 221–241. Wiesbaden: VS Verlag.
- della Porta, Donatella. 2015b. *Social movements in times of austerity. Bringing capitalism back into protest analysis*. Cambridge: Polity.
- della Porta, Donatella, Massimiliano Andretta, Tiago Fernandes, Eduardo Romanos, Francis O'Connor, und Markos Vogiatzoglou. 2017. *Late neoliberalism and its discontents in the economic crisis. Comparing social movements in the European periphery*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Friedrichs, Jürgen. 2007. Gesellschaftliche Krisen. Eine soziologische Analyse. In *Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit*, Hrsg. Helga Scholten, 13–26. Köln: Böhlau.
- Holzinger, Katharina, und Frank Schimmelfennig. 2015. Eurokrise und Differenzierte Integration. *Politische Vierteljahresschrift* 56 (3): 457–478.
- Hutter, Swen, Edgar Grande, und Hanspeter Kriesi, Hrsg. 2016. *Politicising Europe. Integration and mass politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Illing, Falk. 2013. *Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise*. Wiesbaden: Springer.
- Joris, Willem, Leen d'Haenens, und Baldwin Van Gorp. 2014. The euro crisis in metaphors and frames: Focus on the press in the low countries. *European Journal of Communication* 29 (5): 608–617.
- Karanikolos, Marina, Philipa Mladovsky, Jonathan Cylus, Sarah Thomson, Sanjay Basu, David Stuckler, Johan P. Mackenbach, und Martin McKee. 2013. Financial crisis, austerity, and health in Europe. *The Lancet* 381 (9874): 1323–1331.
- Karyotis, Georgios, und Roman Gerodimos, Hrsg. 2015. *The politics of extreme austerity. Greece in the eurozone crisis*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Katsanidou, Alexia, und Simon Otjes. 2016. How the European debt crisis reshaped national political space: The case of Greece. *European Union Politics* 17 (2): 262–284.
- Krampf, Arie. 2014. From the Maastricht treaty to post-crisis EMU. The ECB and Germany as drivers of change. *Journal of Contemporary European Studies* 22 (3): 303–317.
- Kyrtsis, Aléxandros-Andréas. 2015. Die griechische Gesellschaft unter dem Druck der Krise. In *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Hrsg. Ulf-Dieter Klemm und Wolfgang Schultheiß, 54–69. Frankfurt a. M.: Campus.
- Lewicki, Aleksandra, Gabriele Schmidt, und Moritz Sommer, Hrsg. 2017. *Wer schafft das? Neue Akteurskonstellationen im Engagement für Geflüchtete. Themenheft, Forschungs-journal Soziale Bewegungen*. Jahrgang 30, Heft 3. Berlin: de Gruyter.
- Liebig, Reinhard, und Thomas Rauschenbach. 2010. Die engagementpolitische Rolle von Akteuren des Dritten Sektors. In *Engagementpolitik*, Hrsg. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, 260–281. Wiesbaden: VS.
- Matsaganis, Manos. 2011. The welfare state and the crisis. The case of Greece. *Journal of European Social Policy* 21 (5): 501–512.
- Matsaganis, Manos, und Chrysa Leventi. 2014. The distributional impact of austerity and the recession in Southern Europe. *South European Society and Politics* 19 (3): 393–412.
- Morlino, Leonardo, und Francesco Raniolo, Hrsg. 2017. *The impact of the economic crisis on South European democracies*. Cham: Springer.
- Mylonas, Yiannis. 2014. Crisis, austerity and opposition in mainstream media discourse of Greece. *Critical Discourse Studies* 11 (3): 305–321.
- Paterson, Wiliam E. 2011. The reluctant hegemon? Germany moves centre stage in the European union. *Journal of Common Market Studies* 49 (1): 57–75.
- Peterson, Abby, Mattias Wahlström, und Magnus Wennerhag. 2015. European anti-austerity protests – beyond 'old' and 'new' social movements? *Acta Sociologica* 58 (4): 293–310.
- Preunkert, Jenny, und Georg Vobruba, Hrsg. 2015. *Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise*. Wiesbaden: Springer VS.
- Puetter, Uwe. 2015. Deliberativer Intergouvernementalismus und institutioneller Wandel: Die Europäische Union nach der Eurokrise. *Politische Vierteljahresschrift* 56 (3): 406–429.
- Rauh, Christian, und Michael Zürn. 2014. Zur Politisierung der EU in der Krise. In *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Hrsg. Martin Heidenreich, 121–145. Wiesbaden: VS Verlag.
- Roose, Jochen. 2015. Politisiert die Krise? Veränderungen bei der Diskussion EU-politischer Fragen in der Bevölkerung. In *Empirische Kulturosoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag*, Hrsg. Jörg Rössel und Jochen Roose, 425–454. Wiesbaden: Springer VS.